



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

WAHLMARATHON 2018 BIS 2020

- | | |
|--|----|
| ■ ANALYSE | |
| Der herbstliche Beginn eines Wahlmarathons in Polen
Janusz A. Majcherek, Krakau | 2 |
| ■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT | |
| Umfragen zu den Selbstverwaltungswahlen | 7 |
| <hr/> | |
| ■ CHRONIK | |
| 3. Juli 2018 – 3. September 2018 | 13 |

Der herbstliche Beginn eines Wahlmarathons in Polen

Janusz A. Majcherek, Krakau

Zusammenfassung

Ab Herbst 2018 beginnt in Polen ein Wahlmarathon. Ein gutes Ergebnis der Oppositionsparteien in den Selbstverwaltungswahlen würde einer vereinigten Opposition einen psychologischen und logistischen Schub für die 2019 stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament verschaffen und ihre Chancen erhöhen, Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) bei den Parlamentswahlen im selben Jahr die absolute Mehrheit zu nehmen. Sollte die *PiS* die Parlamentswahlen sowie die Präsidentschaftswahlen (2020) gewinnen, sei von der Fortsetzung ihres autoritären Kurses auszugehen, der die demokratische Ordnung Polens systematisch umgestaltet. Gegen diesen setzt sich weniger die Jugend als vielmehr die Erlebnisgeneration des kommunistischen Polen zur Wehr.

Am 21. Oktober beginnt ein Wahlmarathon, der für viele Jahre über die Zukunft Polens entscheiden wird. In dieser Zeit werden die allgemeinen Wahlen zu den Selbstverwaltungskörperschaften und dem nationalen Parlament, die Wahlen der Abgeordneten im Europäischen Parlament und für das Präsidentenamt in Polen stattfinden.

Als erste wird die Wahl der Selbstverwaltungsorgane von den Gemeinden bis zu den Woiwodschaften durchgeführt. Dieses Mal nimmt die Wahl eine bisher nie dagewesene Bedeutung an. Erstens, weil die Institutionen der territorialen Selbstverwaltung die letzten sind, die die zunehmend autoritäre Regierung Polens noch nicht zu beherrschen und sich unterzuordnen im Stande war. Zweitens, weil in dieser Rivalität die liberal-demokratische Opposition relativ große Chancen auf einen Erfolg hat, der ein erster Schritt zur Wiedererlangung ihrer Macht sein könnte und der Wiederherstellung demokratischer Standards in anderen Institutionen.

Die Rivalität zwischen der PiS und der PO

Die Struktur der territorialen Selbstverwaltung ist in Polen dreistufig und umfasst die Gemeinden in ihren unterschiedlichen Größen (vom Dorf bis zur Großstadt), die Kreise und die Woiwodschaften. Die Wahlen aller Institutionen auf diesen drei Stufen finden gleichzeitig statt. In den Dorf- und Kleinstadtgemeinden und in den Kreisen kandidieren häufig lokale parteilose Akteure und haben dort die Verwaltung übernommen. Unterstützt werden sie von Bürger-Wahlkomitees, die sich um die Kandidaten bilden. In den größeren Städten und auf der Ebene der Woiwodschaften kommt es dagegen zu einer heftigen Rivalität, und zwar zwischen den Vertretern der das Land regierenden nationalistisch-klerikalen Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) auf der einen Seite und der Opposition, die von der liberal-konservativen Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*) dominiert wird, auf der anderen Seite. Gegenwärtig übt in keiner der zehn größten Städte ein Mitglied der *PiS* das Amt des Stadtpräsidenten

aus, und nur in einer von 16 Woiwodschaften (im äußersten südöstlichen Polen) hat die *PiS* die Mehrheit im Woiwodschaftsparlament (*sejmik*). Der Ehrgeiz der *PiS* ist es, der Opposition mindestens einige der Woiwodschaftsparlamente und eine der größten Städte, am liebsten die Hauptstadt, abspenstig zu machen. Dies würde nämlich bedeuten, dass die *PiS* nicht nur in der Provinz eine starke Wählerschaft hat. Die Wahlergebnisse in den Großstädten, insbesondere in Warschau, und in den Woiwodschaftslandtagen werden darüber hinaus in der überregionalen Debatte wahrgenommen und breit diskutiert werden, im Gegensatz zu den Ergebnissen in den kleineren Orten. Das heißt, jene prägen auch das Bild der Sieger und der Verlierer, das den Verlauf und die Ergebnisse der folgenden Wahlkämpfe beeinflussen wird.

Die Bürgerkoalition

Angesichts der Gefahr, dass ein Teil der lokalen Regierungen von der autoritären und zentralistischen *PiS* übernommen wird, bildet die Opposition unter der Führung der stärksten und immer noch in den Großstädten und 15 Woiwodschaftslandtagen mitregierenden *PO* einen gemeinsamen Block mit dem Namen Bürgerkoalition (*Koalicja Obywatelska*) und nominiert bzw. unterstützt gemeinsame Kandidaten für das Amt des Stadtpräsidenten in den größten Städten, der von den Wahlberechtigten direkt gewählt wird. Dass hier ein Vertreter der *PiS* die Mehrheit erlangen würde, wäre eine Sensation und scheint wenig wahrscheinlich zu sein, da die *PiS* auf die großstädtischen Wähler den geringsten Einfluss hat. Die Verteilung der Unterstützung für die *PiS* hat außerdem eine geographische Dimension – am größten ist sie in den südöstlichen Regionen; gen Westen und Norden schwächt sie sich ab. Entsprechend werden sich sicherlich die Stimmen bei den Wahlen der Woiwodschaftslandtage verteilen.

Die stärkste Rivalität besteht um das Amt des Stadtpräsidenten von Warschau. Die *PiS* hat dort den jungen (33), energischen, arroganten und die Demagogie nicht

scheuenden Vizejustizminister Patryk Jaki aufgestellt. Er ist für die Beschränkung der Unabhängigkeit der Justiz mitverantwortlich und Autor eines Gesetzes, das unter Strafe stellt, wenn die polnische Nation der Beteiligung an Massenverbrechen während des Zweiten Weltkriegs bezichtigt wird. Das Gesetz rief starke Spannungen mit den USA und Israel hervor, in deren Folge es zurückgezogen werden musste. Jaki tritt als Verteidiger der Mieter und Verfolger der Unregelmäßigkeiten bei den Reprivatisierungsprozessen von Warschauer Immobilien auf sowie als wütender Kritiker der bisherigen Warschauer Wohnungs- und Kommunalpolitik. Darüber hinaus – dem Vorgehen der *PiS* in den vergangenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlkämpfen entsprechend – macht er großzügige und ungenierte und dabei auch unverantwortliche Versprechungen. Sein Rivale und Favorit in den Meinungsumfragen ist das etwas ältere (46) *PO*-Mitglied, Repräsentant der Bürgerkoalition und ehemaliger Vizeaußenminister, Rafał Trzaskowski. Er gehört zum linksliberalen Flügel der *PO*. Trzaskowski tritt zusammen mit dem für das stellvertretende Stadtpräsidentenamt empfohlenen Paweł Rabiej auf, der von der liberalen Partei Die Moderne (*Nowoczesna*) nominiert wurde. Die Moderne war vor den Parlamentswahlen im Jahr 2015 als Repräsentanz derjenigen Wähler entstanden, denen die *PO*-Regierung nicht liberal genug gewesen war. Nachdem sie etwas mehr als sieben Prozent der Wählerstimmen erhalten hatte, befindet sie sich zurzeit jedoch in einer Krise, die durch einen Skandal ihres Gründers und ehemaligen Parteiführers Ryszard Petru hervorgerufen wurde (er war verheiratet und wurde auf einer exotischen Auslandsreise mit einer Abgeordneten seiner Partei erwischt; er verlor den Parteivorsitz und trat dann aus der Partei aus, die er gegründet hatte). Die geschwächte *Nowoczesna* hat die Bürgerkoalition mitgegründet. Rabiej ist bekennender Homosexueller und wäre nach einer eventuellen Besetzung der Vizepräsidentenschaft der Hauptstadt der zweite Homosexuelle auf einer solchen Position in den polnischen Selbstverwaltungsorganen. Der erste war der aktuelle Stadtpräsident von Stulp (Słupsk), Robert Biedroń.

Die zersplitterte Linke

Robert Biedroń ist die Hoffnung der Linken, die eine tiefe Krise aufgrund innerer Spaltungen erlebt. Diese hatten zur Folge, dass zurzeit keine linke Partei im polnischen Parlament, dem Sejm, sitzt und die *PiS* die absolute Mehrheit innehat, obwohl sie nur 37 Prozent der Wählerstimmen erhalten hatte. Am stärksten in den Umfragen ist, wenn auch nur mit zirka zehn Prozent, die postkommunistische, aber reformierte Demokratische Linksallianz (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD*). Sie hat Regierungserfahrung im demokratischen Sys-

tem, da sie von 1993 bis 1997 und von 2001 bis 2005 Regierungskoalitionen führte. Mancherorts traten ihre lokalen und regionalen Organisationen und Strukturen der Bürgerkoalition bei. Die aus der *SLD* kommenden, sich aber aktuell nicht mit ihr identifizierenden Stadtpräsidenten von Krakau (Kraków), der zweitgrößten Stadt Polens, und Rzeszów, der Hauptstadt der Woiwodschaft Vorkarpaten (województwo podkarpackie), wo die Unterstützung für die *PiS* am stärksten ist, haben große Chancen auf ihre Wiederwahl. Sie werden von der Bürgerkoalition unterstützt, die in diesen Städten keine eigenen Kandidaten aufgestellt hat.

Die *SLD* wird allerdings von verschiedenen jungen Gruppierungen radikal linker Akteure in Frage gestellt, die sie ihrer liberalen Neigungen (unter der *SLD*-Regierung wurden die Steuern für Unternehmen gesenkt) und ihrer konservativen Weltanschauung wegen anklagen. Gerade diese Milieus der neuen und jungen, aber zerstreuten und schwachen Linken zählen auf Biedroń als potentiellen Anführer und Vereiniger. Er hat eine relative große Bekanntheit in Polen sowie ein sympathisches Erscheinungsbild und mediale Kultiviertheit, die ihm auch Sympathisanten außerhalb der Linken bescheren. Er nimmt regelmäßig die starke dritte Position in den Rankings der potentiellen Kandidaten für das Amt des Präsidenten von Polen ein, hinter dem aktuellen Präsidenten Andrzej Duda und dem ehemaligen Ministerpräsidenten und gegenwärtig Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk. In manchen Analysen und Prognosen wird er als Kandidat für einen »polnischen Macron« betrachtet, als Initiator und überparteilicher Anführer einer liberal-linken sozialen Bewegung, fähig, prinzipielle Änderungen in der polnischen Politik durchzuführen, und darauf konzentriert, sich der *PiS-PO* entgegen zu stellen. Biedroń hat nun mitgeteilt, dass er nicht noch einmal für das Amt des Stadtpräsidenten antreten, sondern eine neue sozial-politische Bewegung organisieren wird. Dafür wird er zunächst durch Polen fahren. Seine Initiative ist zeitlich jedoch insofern ungünstig, als nun weder er noch seine erst im Entstehen begriffene Bewegung an den Lokalwahlen teilnehmen. Allerdings sind es gerade die Lokalwahlen und ihre Kandidaten, die jetzt die Aufmerksamkeit binden. Seine Chancen, einen so großen Erfolg wie Macron zu erzielen, der an der Spitze seiner eigenen Bewegung die Parteien des rechten und des linken Spektrums überwand, scheinen allerdings gering zu sein, insbesondere mit Blick auf die starke Position der *PiS*, die tief in der polnischen Provinz verwurzelt ist.

Die PSL: starke Kraft auf dem Land

In der Provinz muss die *PiS* allerdings mit der dort traditionell starken Polnischen Bauernpartei (*Polskie Stron-*

nictwo Ludowe – *PSL*) rivalisieren. Weil die *PiS* der *PSL* die ländliche Wählerschaft abspenstig gemacht hatte, konnte sie im Jahr 2015 die Regierungsmacht auf der Landesebene erobern; begünstigend kam der Zustand der zerrütteten Linken hinzu. Wenn die *PiS* in der Lage ist, ihre Unterstützung in den lokalen Wahlen aufrechtzuerhalten, kann sie mit einem Erfolg zumindest in einigen Woiwodschaftsparlamenten rechnen, die zurzeit gemeinsam von der *PSL* und der *PO* regiert werden. In den Städten, insbesondere in den größten, wird sich also die Rivalität zwischen der *PiS* und der Bürgerkoalition entwickeln und in der Provinz und den Woiwodschaftslandtagen zwischen der *PiS* und der *PSL*. Sollten die Bürgerkoalition und die *PSL* als Sieger hervorgehen oder zumindest nicht deutlich verlieren, werden sie sicherlich ihre Kräfte in den lokalen Regierungsorganen vereinen. Ihnen droht allerdings, dass ihre getrennte Teilnahme an den Wahlen insgesamt weniger Mandate einbringt, als wenn sie gemeinsam gestartet wären. Dies liegt an der Wahlordnung, die die stärksten Gruppierungen bei der Umrechnung der Wählerstimmen auf Mandate begünstigt.

Das gefährliche Machtpotential der PiS

Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass im Falle der Wahlniederlage der *PiS* auf der Selbstverwaltungsebene die parlamentarische Mehrheit der *PiS* im Sejm Beschlüsse verabschiedet wird, die die Befugnisse der Selbstverwaltungsorgane beschränken, der dienstfeilige Präsident Duda diese in Kraft treten lassen wird und das bereits von der *PiS* beherrschte und ihr untergeordnete Verfassungstribunal eine Anfechtung solcher Vorschriften nicht möglich macht. Die *PiS* ist eine zentralistische und etatistische Partei und einer starken Selbstverwaltung abgeneigt, was bereits deren Beschneidung in verschiedenen Bereichen zur Folge hatte.

Eine andere, noch realere Gefahr ist die, dass zentrale, von der *PiS* kontrollierte Institutionen die lokalen Einrichtungen bevorzugen und unterstützen werden, in denen *PiS*-Kandidaten gesiegt haben, während die von der Opposition besetzten schikaniert werden könnten. Manche Kandidaten der *PiS* nutzen diesen Verdacht sogar bereits im Wahlkampf aus, indem sie suggerieren, dass nur ihre Wahl der Gemeinde oder der Region eine großzügige Unterstützung aus dem zentralen Haushalt garantieren werde. Daher ist es besonders wichtig, dass die Verteilung der EU-Gelder in den Händen der Selbstverwaltung bleibt und nicht von der Zentralregierung übernommen wird, wonach es der *PiS* gelüftet.

Eine weniger wahrscheinliche, obgleich nicht völlig aus der Luft gegriffene Gefahr ist mit der gegenwärtig laufenden Übernahme der Kontrolle über das

Oberste Gericht (*Sąd Najwyższy*) durch die *PiS* verbunden. Das Oberste Gericht bestätigt die Wahlergebnisse und es gibt Andeutungen, dass das der *PiS* untergeordnete Gericht dort die Ergebnisse in Frage stellen könnte, wo die *PiS* eine Niederlage erlitten hat. Vor vier Jahren hat *PiS*-Chef Jarosław Kaczyński offen die Anschuldigung geäußert, dass die damals von der *PiS* verlorenen lokalen Wahlen gefälscht worden seien – was nie bestätigt wurde. Jetzt könnte sie sie manipulieren wollen.

Die Bedeutung eines Wahlsiegs der PiS-Opposition

Ein Sieg der Opposition in den Selbstverwaltungswahlen würde ihr einen psychologischen und logistischen Vorteil für die nächsten, im Frühjahr stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament verschaffen. Sollte sich das Format der Bürgerkoalition bewähren, kann sie aufrechterhalten werden und erneut zum Einsatz kommen und sogar erweitert werden. Das würde bedeuten, dass die Mitglieder der der Bürgerkoalition angehörenden Parteien dann einer Fraktion ihrer Wahl im Europäischen Parlament beitreten könnten. Zurzeit sind die Vertreter der *PO* und der *PSL* in der konservativen Fraktion der Europäischen Volkspartei (*PPE*), zusammen mit der CDU; die Europaabgeordneten der *SLD* gehören zur Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (*S&D*), zusammen mit der SPD; die Politiker von Die Moderne streben in die liberale Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (*ALDE*), und die *PiS* sitzt in der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (*ECR*), zusammen mit der AfD und den britischen Konservativen. Der Erfolg der Bürgerkoalition wäre über Polen hinaus von Bedeutung, denn er würde die Verringerung des in vielen EU-Staaten bei den Europawahlen erwarteten Erfolgs antieuropäischer Parteien bedeuten, zu denen auch die *PiS* gehört. Die am stärksten proeuropäische und gleichzeitig schwächste Partei ist Die Moderne, die als einzige offen für den schnellstmöglichen Beitritt zur Eurozone eintritt (was sehr unpopulär in der im Allgemeinen stark proeuropäisch eingestellten polnischen Gesellschaft ist). Aber auch die *SLD* und die *PO* sind eindeutig proeuropäisch; die *PO* unter anderem wegen der Rolle, die ihr ehemaliger Parteivorsitzender Donald Tusk dort spielt, und die *SLD* erinnert sich und die Wähler daran, dass unter der Regierung des *SLD*-Ministerpräsidenten Leszek Miller und des aus der *SLD* hervorgegangenen Staatspräsidenten Aleksander Kwaśniewski Polen der Europäischen Union beitrug.

Erfolge der Bürgerkoalition in den Selbstverwaltungs- und den Europawahlen würden die Chancen

der Opposition erhöhen, die *PiS* ihrer Macht zu entledigen, zumindest ihrer absoluten Mehrheit bei den Wahlen zum polnischen Parlament, die einige Monate später, im Herbst 2019 stattfinden werden. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Partei von Kaczyński selbstständig weiterregieren wird, ist gering, da dies das Ergebnis einer Verkettung von Zufällen war, die sich ziemlich sicher nicht wiederholen wird, nicht einmal, wenn die Linke sich nicht vereint und wieder zersplittert antritt. Die *PiS* erhält allerdings immer noch große Unterstützung aus der Gesellschaft, sie oszilliert um den Wert der letzten Parlamentswahlen im Jahr 2015. Um der regierenden Partei die Macht zu nehmen und der von ihr intendierten Zerstörung des demokratischen Rechtsstaates Einhalt zu gebieten, bedarf es daher ganz sicher des vereinten Handelns der Liberalen, die die Opposition dominieren, und der Linken. Abhängig von den Ergebnissen der Selbstverwaltungs- und der Europawahlen werden sie eine Verständigung vor oder nach den Parlamentswahlen anstreben. Die Wahlen auf der lokalen und auf der europäischen Ebene werden also zu einem Gradmesser des Kräfteverhältnisses vor den Parlamentswahlen. Das Ergebnis wird auch von der Fähigkeit abhängen, die Wähler und potentiellen Anhänger zu mobilisieren. Bisher gab es bei diesen Wahlen eine sehr niedrige Wahlbeteiligung (24 Prozent bei den letzten Europawahlen, was eines der schlechtesten Ergebnisse in der EU war; 47 Prozent bei den Selbstverwaltungswahlen). Eine niedrige Beteiligung würde der *PiS* helfen, denn ihre Anhänger sind disziplinierter und stärker mobilisiert.

Die Präsidentschaftswahlen 2020

Die Krönung dieses vielmonatigen Wahlzyklus wird im Frühjahr 2020 die Wahl des Präsidenten sein. Andrzej Duda, der aktuell das Amt des Staatsoberhauptes ausübt, wird von unabhängigen Kommentatoren und Experten nicht ohne Grund als passiver Opportunist angesehen, der die Empfehlungen und Erwartungen des *PiS*-Chefs Jarosław Kaczyński ausführt und erfüllt, auf dessen Empfehlung hin er für das Präsidentenamt kandidiert hatte. Duda ist es, der mit seiner Unterschrift mannigfaltige Aktivitäten der parlamentarischen *PiS*-Mehrheit bestätigte, die die Institutionen des demokratischen Rechtsstaates zerstören und eine zunehmend autoritäre Ordnung in immer mehr Bereichen des öffentlichen Lebens und sogar des privaten und intimen Lebens (die Beschränkung des Zugangs zu Verhütungsmitteln oder zur In-vitro-Fertilisation etc.) auferlegen.

Sollte die *PiS* die kommenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen gewinnen, würde Polen sich weiter zum Autoritarismus hinbewegen.

Die Wirkungsmöglichkeiten der EU

Die europäischen Institutionen können auf die Situation in Polen Einfluss nehmen. Eine kritische Haltung angesichts der Vergewaltigung der Rechtsstaatlichkeit in Polen nahm die »Venedig-Kommission« ein. Der Versuch, die Kontrolle über das Oberste Gericht zu übernehmen, rief eine Reaktion der polnischen Richter hervor, die sich an den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg mit Bitte um Überprüfung der Rechtmäßigkeit dieser Aktivitäten wandten. Die polnische Regierung folgt den Spuren Viktor Orbáns, indem sie Anstrengungen unternimmt, Richter mit Hilfe der Senkung des Renteneintrittsalters aus dem Amt zu entfernen und sie ansonsten zur Loyalität gegenüber der Regierung zu verpflichten, ungeachtet der verbleibenden Zeitspanne ihrer Amtszeit. Die Europäische Union bewertete solche Methoden in Ungarn seinerzeit als nicht zulässig, aber die ungarische Regierung schaffte es, noch vor der Veröffentlichung dieses Urteils die Posten neu zu besetzen, aus denen sie die bisherigen Richter entlassen hatte, so dass die Rückkehr zum Status quo ante unmöglich geworden war. Das gleiche hat Jarosław Kaczyński vor. Die EU-Institutionen sind allerdings um die Erfahrung mit Orbán reicher und könnten eine größere Leistungsfähigkeit und Effektivität zeigen. In der sehr proeuropäischen polnischen Gesellschaft kann sich die europaskeptische Regierungsmannschaft keinen scharfen Konflikt mit den Institutionen der Europäischen Union erlauben.

Gegen Polen ist bereits ein Verfahren vor der Europäischen Kommission eingeleitet worden. Dies steht in Zusammenhang mit dem Bruch der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, inklusiv der Verletzung der polnischen Verfassung: Richter wurden während ihrer laufenden Amtszeit abberufen und neue Richter von Institutionen, die der Exekutive untergeordnet wurden, eingesetzt. Die Europäische Kommission gab sich mit der Antwort der polnischen Regierung nicht zufrieden und leitete die nächste Phase der Prozedur ein, indem sie in Form einer »mit Gründen versehenen Stellungnahme« das Vorgehen gegenüber den Richtern und Gerichten in Frage stellt. Die Regierung erhielt für ihre Antwort einen Monat Zeit; der Termin wurde auf den 14. September festgesetzt. Es steht zu erwarten, dass die Antwort ausweichend ausfallen und auf Zeit gespielt werden wird. Darüber hinaus hat das Europäische Netzwerk der Justizräte (*European Network of Councils for the Judiciary – ENCJ*) sich dafür ausgesprochen, den polnischen Landesjustizrat (*Krajowa Rada Sądownictwa – KRS*) aus seinen Reihen auszuschließen. Dieser war vor einigen Monaten im Zusammenhang mit den nicht verfassungsgemäßen Maßnahmen mit von der *PiS* Nominierten besetzt und vollständig dem Regierungslager untergeordnet worden. Die Entscheidung des *ENCJ* soll auf einer außerordentli-

chen Sitzung am 17. September fallen. In oppositionellen Kreisen wird eine entschiedene Haltung der EU-Institutionen gegenüber der polnischen Regierung erwartet; auf der anderen Seite stellt die Regierungspropaganda sowohl solche Erwartungen als auch solche Interventionen als feindlich gegenüber Polen dar und verurteilt und attackiert sowohl die polnischen als auch die EU-Politiker, die sie vollziehen oder unterstützen.

Reaktionen in der polnischen Gesellschaft

In Polen finden seit einem Jahr mehr oder weniger regelmäßig zahlreiche Demonstrationen und Veranstaltungen gegen die autoritären Aktivitäten der Regierung statt, insbesondere gegen die Zerstörung der Unabhängigkeit der Justiz. Sie werden von gesellschaftlichen Vereinen und Bürgerinitiativen organisiert und koordiniert; als wichtigste wären das Komitee zur Verteidigung der Demokratie (*Komitet Obrony Demokracji – KOD*), die Bürger der Republik (*Obywatele RP*) und die Aktion Demokratie (*Akcja Demokracja*) zu nennen. Im Zusammenhang mit der Offensive ultrarechter und fundamentalistischer Kräfte, die ein absolutes Abtreibungsverbot anstreben, entstanden und reagierten auch feministische Organisationen, die Demonstrationen und Straßenhappenings durchführten.

Charakteristisch für die Protestaktionen und anderen Formen des gesellschaftlichen Widerstands gegen die autoritären Gelüste der Regierungsmannschaft ist ihr Generationenprofil. Die Teilnehmer sind vor allem die älteren Generationen, während die Jugend weniger präsent ist. In den unabhängigen Medien findet eine lebhaft, manchmal heftige Debatte über dieses Phänomen statt. Vorherrschend ist die Meinung, dass diejenigen gegen den Rückfall in den Autoritarismus aktiv werden, die bereits einen solchen, den Kommunismus, erlebt haben und sich daran erinnern, die sich ihm entgegen stellten und dann die Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates aufbauten. Sie wissen, wieviel das gekostet hat, aber dafür erlangten sie einen Status, der es wert ist, verteidigt zu werden. Die Generationen, die nach 1989 geboren wurden, sind sich der Gefahren nicht bewusst. Sie sind an die demokratisch-liberalen Stan-

dards gewöhnt und stellen sich nicht vor, dass sie aufgehoben werden. Die Erzählungen von autoritären Systemen hören sie wie ein Märchen vom bösen Wolf. Die Errungenschaften des heutigen Polen vergleichen sie nicht mit der Situation des kommunistischen Polen, sondern mit den ihnen bekannten westeuropäischen Staaten. Daher nehmen sie nicht das Ausmaß des Fortschritts wahr, sondern eher Verspätungen (auch wenn Statistiken zufolge das Lebensniveau in Polen bereits das portugiesische oder griechische überholt hat).

In der polnischen Jugend wachsen dagegen starke Tendenzen zu extremen politischen Strömungen, insbesondere zu rechten, nationalistischen und sogar neofaschistischen, und sie nehmen weiter zu. Immer aktiver und lauter treten insbesondere zwei Organisationen in Erscheinung, das National-Radikale Lager (*Obóz Narodowo-Radykalny – ONR*) und die Allpolnische Jugend (*Młodzież Wszechpolska*). Beide knüpfen an die gleichnamigen Verbände in der Zwischenkriegszeit an. Ihre Aktionen, Demonstrationen und Aufmärsche werden nicht nur toleriert, sondern manches Mal auch noch von öffentlichen Institutionen geschützt.

Ein Fazit zur Zukunft der liberalen Demokratie

Der Zyklus der vier Wahlen, die bis 2020 stattfinden werden, wird von vielen Beobachtern und Kommentatoren als eine Volksbefragung in vier Etappen für oder gegen den Autoritarismus interpretiert. Sogar wenn viele Wähler sie nicht so auffassen, kann dies doch das eigentliche Ergebnis sein. Es werden keine gewöhnlichen Wahlen werden, in denen darüber entschieden werden wird, wer einen Platz in einer Institution der lokalen Selbstverwaltung, des polnischen oder des Europäischen Parlaments einnehmen wird, und welche Politik in diesen Institutionen betrieben werden wird. Der Einsatz dieser Wahlen ist die Zukunft der liberalen Demokratie und des Rechtsstaates in Polen, der sich gegenwärtig in ernsthafter Gefahr befindet.

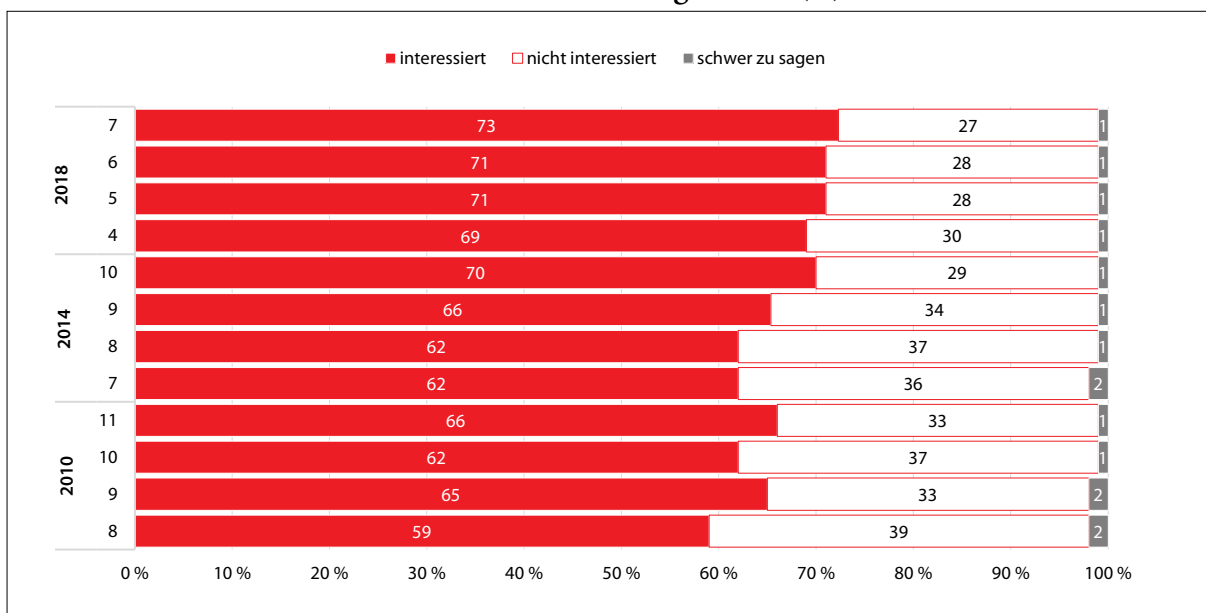
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Prof. Dr. Janusz A. Majcherek ist Direktor des Instituts für Philosophie und Soziologie an der Pädagogischen Universität in Krakau (Instytut Filozofii i Socjologii, Uniwersytet Pedagogiczny im. KEN w Krakowie).

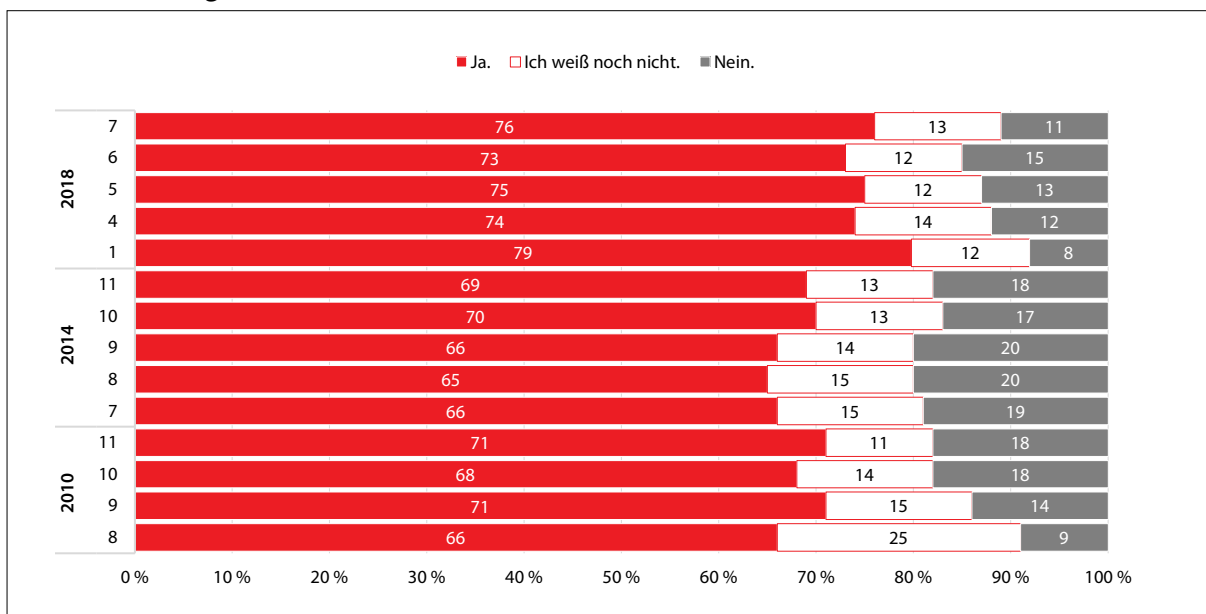
Umfragen zu den Selbstverwaltungswahlen

Grafik 1: Das Interesse an den Selbstverwaltungswahlen (%)



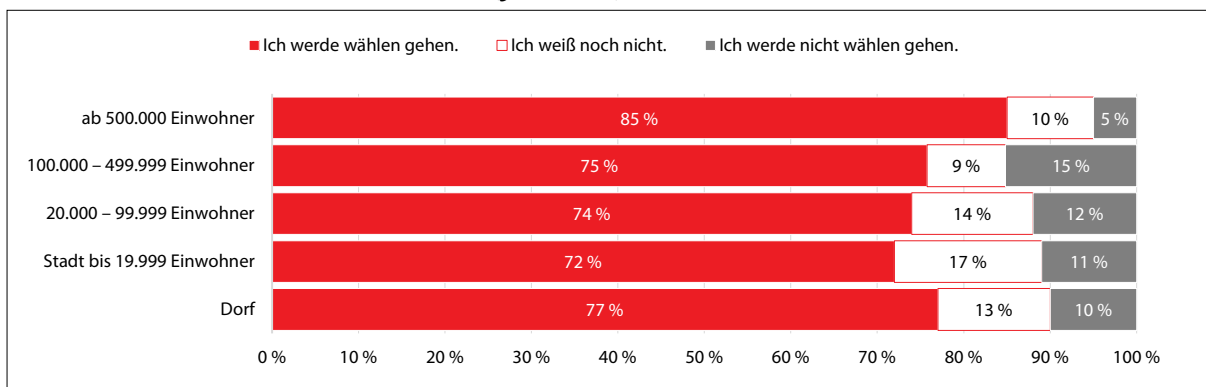
Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 99/2018: Zainteresowanie wyborami samorządowymi, deklaracje uczestnictwa oraz preferencje w lipcu [Das Interesse an den Selbstverwaltungswahlen, Angaben zur Wahlbeteiligung sowie die Präferenzen im Juli]. Warszawa 07/2018. <www.cbos.pl>

Grafik 2: Beabsichtigen Sie, bei den kommenden Selbstverwaltungswahlen wählen zu gehen? (%)



Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 99/2018: Zainteresowanie wyborami samorządowymi, deklaracje uczestnictwa oraz preferencje w lipcu [Das Interesse an den Selbstverwaltungswahlen, Angaben zur Wahlbeteiligung sowie die Präferenzen im Juli]. Warszawa 07/2018. <www.cbos.pl>

Grafik 3: Die Erklärung, bei den Selbstverwaltungswahlen wählen zu gehen, und die Größe des Wohnortes (Juli 2018)



Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 99/2018: Zainteresowanie wyborami samorządowymi, deklaracje uczestnictwa oraz preferencje w lipcu [Das Interesse an den Selbstverwaltungswahlen, Angaben zur Wahlbeteiligung sowie die Präferenzen im Juli]. Warszawa 07/2018. <www.cbos.pl>

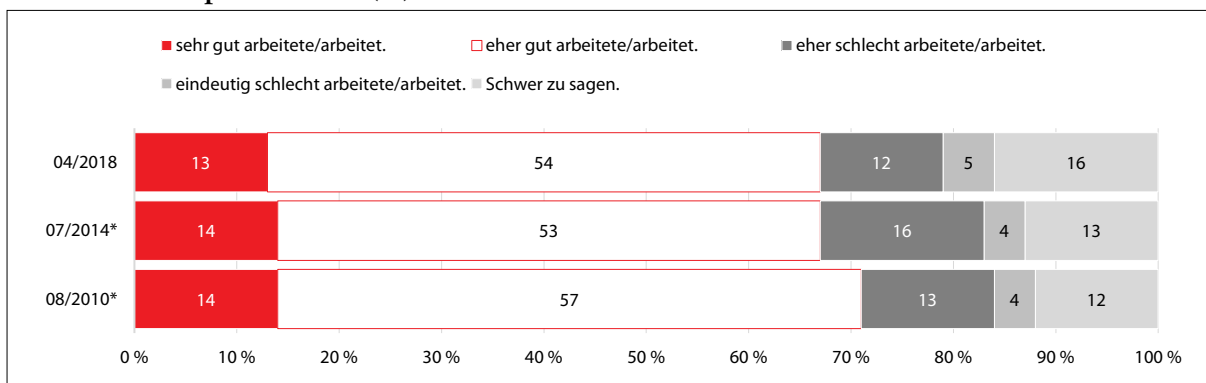
Tabelle 1: Für welchen Kandidaten würden Sie bei den Wahlen des Woiwodschafts-parlaments (sejmik) stimmen? (Juli 2018, %)

	Dorf	Stadt bis 19.999 Einwohner	Stadt 20.000 – 99.999 Einwohner	Stadt 100.000 – 499.999 Einwohner	Stadt ab 500.000 Einwohner
Zjednoczona Prawica (Koalition aus Prawo i Sprawiedliwość, Solidarna Polska und Porozumienie)	35	28	29	31	17
Koalicja Obywatelska (Koalition aus Platforma Obywatelska und Nowoczesna)	8	13	21	32	31
Kukiz '15	6	6	11	6	6
Polskie Stronnictwo Ludowe	9	4	5	4	3
Sojusz Lewicy Demokratycznej	6	9	4	3	6
Wolność Janusza Korwin-Mikkego	2	3	1	2	7
Partia Razem	0	0	0	1	2
anderes Wahlkomitee	1	3	7	6	8
schwer zu sagen	35	35	22	15	19

Zjednoczona Prawica – Vereinigte Rechte, Koalition gebildet aus: Prawo i Sprawiedliwość/PiS – Recht und Gerechtigkeit, Solidarna Polska – Solidarisches Polen, Porozumienie – Verständigung; Koalicja Obywatelska – Bürgerkoalition, Koalition gebildet aus: Platforma Obywatelska/PO – Bürgerplattform, Nowoczesna – Die Moderne; Polskie Stronnictwo Ludowe/PSL – Polnische Bauernpartei; Sojusz Lewicy Demokratycznej/SLD – Demokratische Linksallianz; Wolność Janusza Korwin-Mikkego – Freiheit von Janusz Korwin-Mikke; Partia Razem – Partei »Gemeinsam«

Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 99/2018: Zainteresowanie wyborami samorządowymi, deklaracje uczestnictwa oraz preferencje w lipcu [Das Interesse an den Selbstverwaltungswahlen, Angaben zur Wahlbeteiligung sowie die Präferenzen im Juli]. Warszawa 07/2018. <www.cbos.pl>

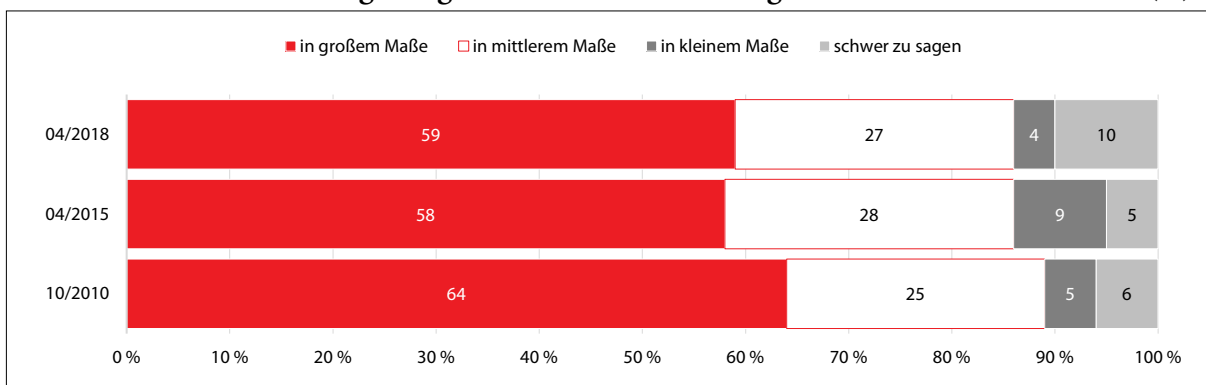
Grafik 4: Finden Sie im Allgemeinen, dass der Gemeindevorsteher/Bürgermeister/Stadtpäsident ... (%)



*In den Jahren 2010 und 2014 wurde die Frage als abschließende Bewertung der Amtszeit des Gemeindevorstehers/Bürgermeisters/Stadtpäsidenten gestellt. Die Einwohner Warschaus wurden nach dem Stadtpräsidenten gefragt.

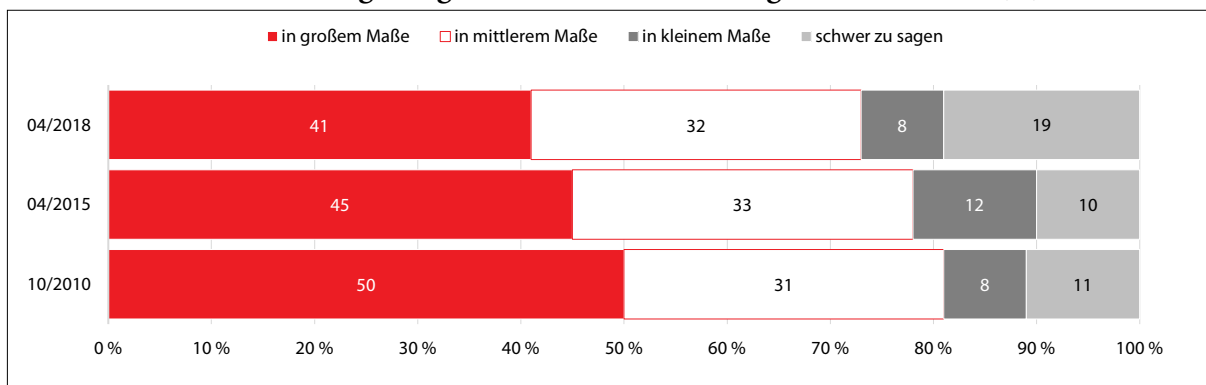
Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 82/2018: Oceny władz samorządowych oraz ich kompetencji [Die Bewertung der Selbstverwaltungsamtsinhaber sowie ihrer Kompetenzen]. Warszawa 06/2018. <www.cbos.pl>

Grafik 5a: In welchem Maße hängt Ihrer Meinung nach die Entwicklung Ihres Wohnortes und der Umgebung von der Selbstverwaltung der Gemeinde/der Stadt ab? (%)



Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 82/2018: Oceny władz samorządowych oraz ich kompetencji [Die Bewertung der Selbstverwaltungsamtsinhaber sowie ihrer Kompetenzen]. Warszawa 06/2018. <www.cbos.pl>

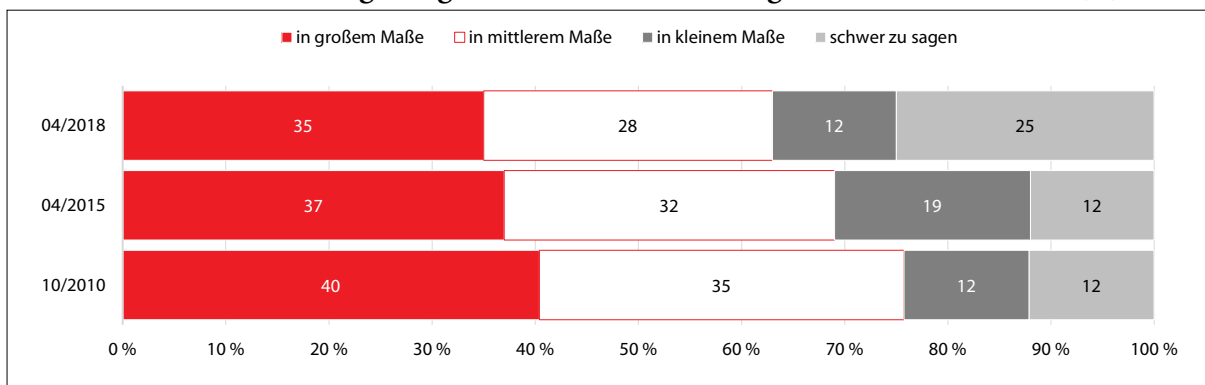
Grafik 5b: In welchem Maße hängt Ihrer Meinung nach die Entwicklung Ihres Wohnortes und der Umgebung von der Selbstverwaltung des Kreises* ab? (%)



*Die Frage betraf Einwohner in Kreisstädten.

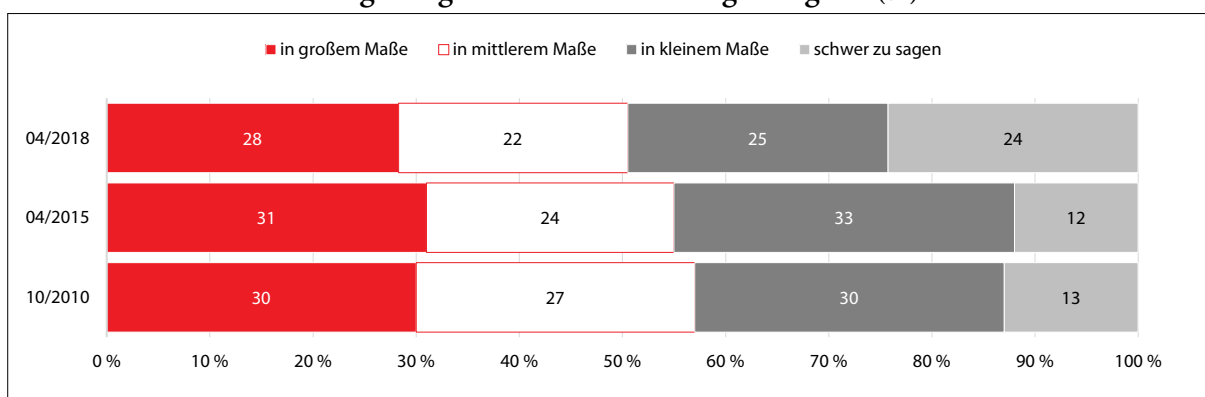
Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 82/2018: Oceny władz samorządowych oraz ich kompetencji [Die Bewertung der Selbstverwaltungsamtsinhaber sowie ihrer Kompetenzen]. Warszawa 06/2018. <www.cbos.pl>

Grafik 5c: In welchem Maße hängt Ihrer Meinung nach die Entwicklung Ihres Wohnortes und der Umgebung von der Selbstverwaltung der Woiwodschaft ab? (%)



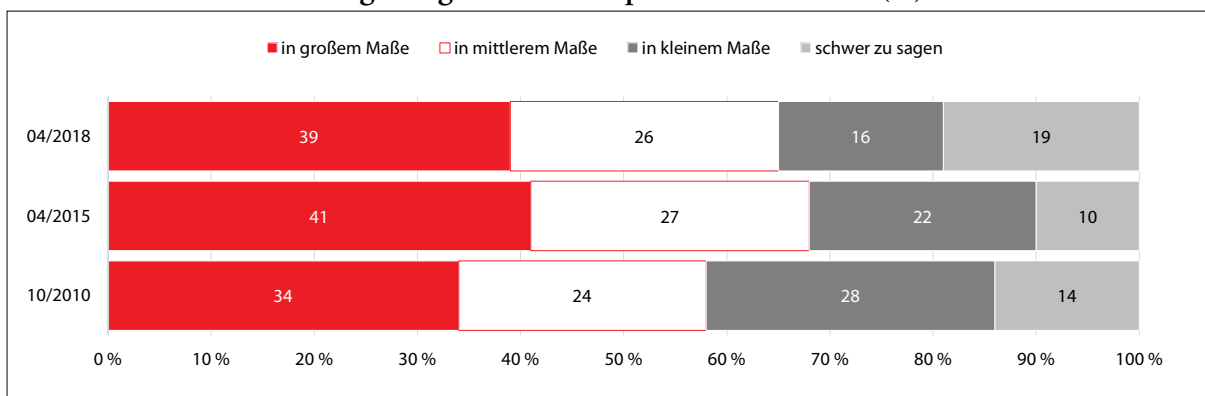
Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 82/2018: Oceny władz samorządowych oraz ich kompetencji [Die Bewertung der Selbstverwaltungsamtsinhaber sowie ihrer Kompetenzen]. Warszawa 06/2018. <www.cbos.pl>

Grafik 5d: In welchem Maße hängt Ihrer Meinung nach die Entwicklung Ihres Wohnortes und der Umgebung von der zentralen Regierung ab? (%)



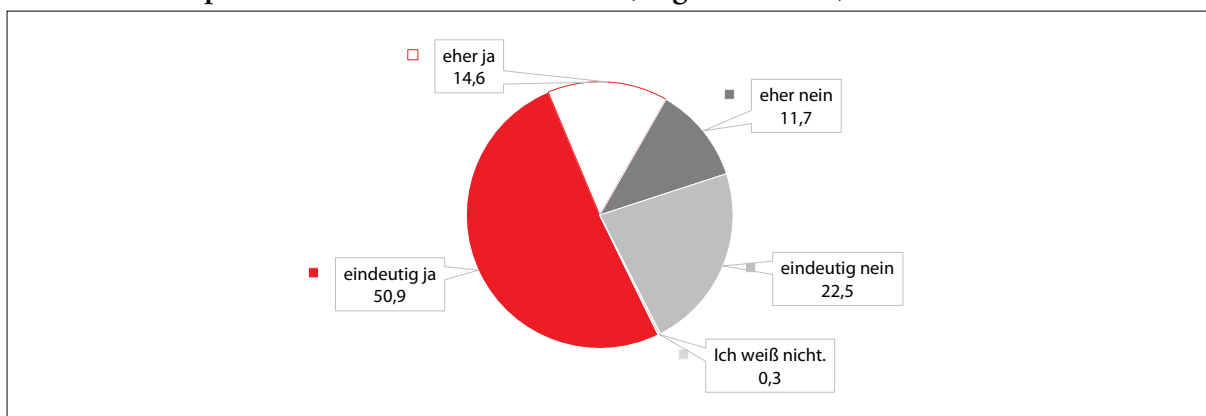
Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 82/2018: Oceny władz samorządowych oraz ich kompetencji [Die Bewertung der Selbstverwaltungsamtsinhaber sowie ihrer Kompetenzen]. Warszawa 06/2018. <www.cbos.pl>

Grafik 5e: In welchem Maße hängt Ihrer Meinung nach die Entwicklung Ihres Wohnortes und der Umgebung von der Europäischen Union ab? (%)



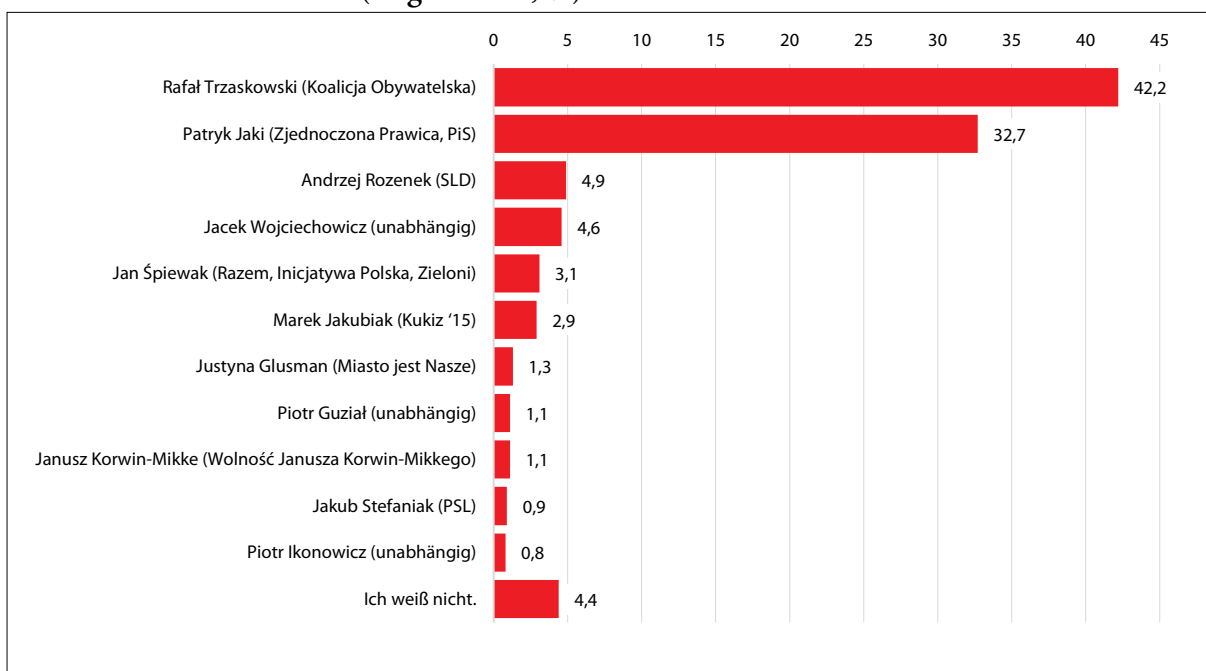
Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 82/2018: Oceny władz samorządowych oraz ich kompetencji [Die Bewertung der Selbstverwaltungsamtsinhaber sowie ihrer Kompetenzen]. Warszawa 06/2018. <www.cbos.pl>

Grafik 6: Würden Sie wählen gehen, wenn am kommenden Sonntag die Wahl des Stadtpräsidenten von Warschau wäre? (August 2018, %)



Quelle: Telefonische Umfrage unter 500 Personen, durchgeführt am 27.–28.08.2018 von IBRiS für Fakt und Onet. <<https://www.fakt.pl/wydarzenia/polityka/pis-nie-bierze-wielkich-miast-sondaz-dla-faktu-i-onetu/yt10jnx>> (abgerufen am 3.09.2018)

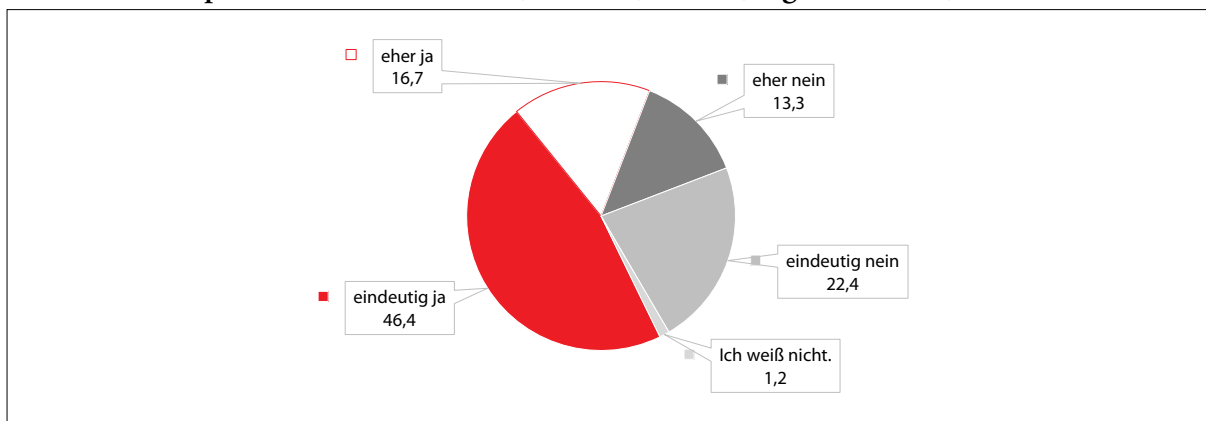
Grafik 7: Welchen Kandidaten für das Amt des Stadtpräsidenten von Warschau würden Sie wählen? (August 2018, %)



Koalicja Obywatelska – Bürgerkoalition, gebildet aus: Platforma Obywatelska/PO – Bürgerplattform und Nowoczesna – Die Moderne; Zjednoczona Prawica – Vereinigte Rechte, Koalition gebildet aus: Prawo i Sprawiedliwość/PiS – Recht und Gerechtigkeit, Solidarna Polska – Solidarisches Polen und Porozumienie – Verständigung; Sojusz Lewicy Demokratycznej/SLD – Demokratische Linksallianz; Partia Razem – Partei »Gemeinsam«; Inicjatywa Polska – Initiative Polen; Zieloni – Die Grünen; Miasto jest Nasze – Die Stadt ist unsere; Wolność Janusza Korwin-Mikkego – Freiheit von Janusz Korwin-Mikke; Polskie Stronnictwo Ludowe/PSL – Polnische Bauernpartei

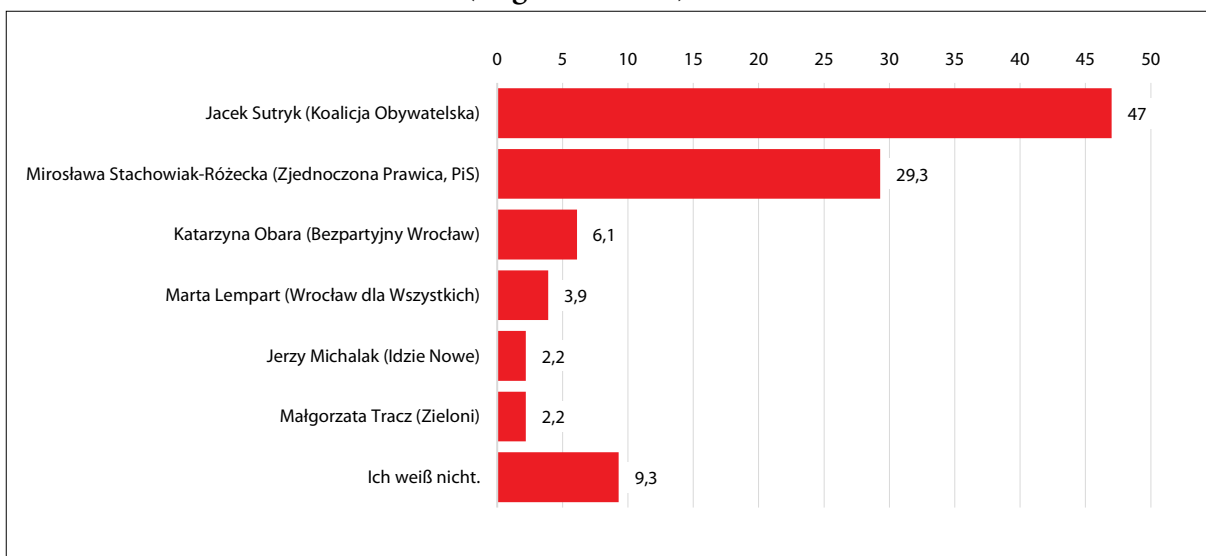
Quelle: Telefonische Umfrage unter 500 Personen, durchgeführt am 27.–28.08.2018 von IBRiS für Fakt und Onet. <<https://www.fakt.pl/wydarzenia/polityka/pis-nie-bierze-wielkich-miast-sondaz-dla-faktu-i-onetu/yt10jnx>> (abgerufen am 3.09.2018)

Grafik 8: Würden Sie wählen gehen, wenn am kommenden Sonntag die Wahl des Stadtpräsidenten von Breslau (Wrocław) wäre? (August 2018, %)



Quelle: Telefonische Umfrage unter 500 Personen, durchgeführt am 27.–28.08.2018 von IBRiS für Fakt und Onet. <<https://www.fakt.pl/wydarzenia/polityka/pis-nie-bierze-wielkich-miast-sondaz-dla-faktu-i-onetu/yt10jnx>> (abgerufen am 3.09.2018)

Grafik 9: Welchen Kandidaten für das Amt des Stadtpräsidenten von Breslau (Wrocław) würden Sie wählen? (August 2018, %)



Koalicja Obywatelska – Bürgerkoalition, gebildet aus: Platforma Obywatelska/PO – Bürgerplattform und Nowoczesna – Die Moderne; Zjednoczona Prawica – Vereinigte Rechte, Koalition gebildet aus: Prawo i Sprawiedliwość/PiS – Recht und Gerechtigkeit, Solidarna Polska – Solidarisches Polen und Porozumienie – Verständigung; Bezpartyjny Wrocław – Parteiloses Breslau; Wrocław dla Wszystkich – Breslau für alle; Idzie Nowe – Es kommt etwas Neues; Zieloni – Die Grünen

Quelle: Telefonische Umfrage unter 500 Personen, durchgeführt am 27.–28.08.2018 von IBRiS für Fakt und Onet. <<https://www.fakt.pl/wydarzenia/polityka/pis-nie-bierze-wielkich-miast-sondaz-dla-faktu-i-onetu/yt10jnx>> (abgerufen am 3.09.2018)

CHRONIK

3. Juli 2018 – 3. September 2018

03.07.2018	Präsident Andrzej Duda trifft sich mit Małgorzata Gersdorf, erste Präsidentin des Obersten Gerichts (Sąd Najwyższy), Józef Iwulski, dem Präsidenten der Kammer des Obersten Gerichts für Arbeit und Sozialversicherungen, und dem Präsidenten des Obersten Verwaltungsgerichts (Naczelny Sąd Administracyjny), Marek Zirk-Sadowski. Thematisiert wird die Leitung der Gerichte infolge der jüngsten Gesetzesänderung zum Obersten Gericht. Nach dem Treffen bekräftigt der stellvertretende Leiter der Präsidialkanzlei, Paweł Mucha, dass Gersdorf entsprechend der Gesetzesänderung am selben Tag aus ihrem Amt ausscheidet. Die Reform ist umstritten, da Kritiker sie als Zwangspensionierung für Richter verstehen. Gersdorf will ihr Amt weiterausüben.
04.07.2018	Małgorzata Gersdorf, erste Präsidentin des Obersten Gerichts (Sąd Najwyższy), sagt auf einer Pressekonferenz in Warschau im Beisein ihres Vertreters Józef Iwulski und des Sprechers des Obersten Gerichts, Michał Laskowski, dass sie ihr Amt weiter ausüben wird. Die Amtszeit ist in der Verfassung festgeschrieben und unterliege keinen Diskussionen und gesetzlichen Veränderungen. Auch die Allgemeine Richterversammlung des Obersten Gerichts hat in der vergangenen Woche beschlossen, dass Gersdorf in ihrem Amt bleibt. Während ihrer Abwesenheit werde Iwulski sie ordnungsgemäß vertreten. Hintergrund ist das Inkrafttreten einer Gesetzesänderung, nach der die Richter des Obersten Gerichts im Alter von 65 Jahren in den Ruhestand gehen müssen, es sei denn, sie reichen eine Erklärung ein, weiterarbeiten zu wollen. Gersdorf hat eine solche nicht abgegeben. Kritiker befürchten, dass sich die Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) mit dieser Gesetzesänderung missliebiger Richter entledigen will. Zur Unterstützung Gersdorfs finden Demonstrationen in mehreren Städten Polens statt.
05.07.2018	Der Sejm nimmt mit 232 Stimmen bei 193 Gegenstimmen und vier Enthaltungen den Haushaltsbericht der Regierung für das Jahr 2017 an und entlastet die Regierung. Das Haushaltsjahr 2017 wurde demnach mit einem Defizit von 25,4 Mrd. Zloty abgeschlossen, was 34 Mrd. Zloty weniger sind als im Haushaltsgesetz 2017 veranschlagt.
06.07.2018	Małgorzata Gersdorf, erste Präsidentin des Obersten Gerichts (Sąd Najwyższy), trifft sich im Obersten Gericht mit dem Präsidenten des Europäischen Netzwerkes der Justizräte, Kees Sterk, Marc de Werd, einem Vertreter des Konsultativrats Europäischer Richter beim Europarat, und dem Präsidenten des Obersten Gerichts der Niederlande, Maarten Feteris. Die Gäste zeigen sich besorgt über die Justizreform in Polen und betonen die Notwendigkeit unabhängiger Gerichte. Ihr Besuch sei ein Ausdruck moralischer Unterstützung für Gersdorf. Diese war Anfang der Woche von Präsident Andrzej Duda in den Ruhestand versetzt worden, was nicht verfassungskonform ist.
08.07.2017	In seiner Ansprache auf der Gedenkfeier in Olyka (Wolhynien, Ukraine) zum 75. Jahrestag der Ermordung von ca. 100.000 Polen durch die Ukrainische Aufständische Armee (UPA) in Wolhynien spricht sich Präsident Andrzej Duda für gute polnisch-ukrainische Beziehungen aus. Weiter ruft er die Ukraine auf, die Möglichkeit der Exhumierung der polnischen Opfer der »ethnischen Säuberung« wieder zu gewähren.
08.07.2017	Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, gedenkt in Sahryń (Woiwodschaft Lublin, Ostpolen) der ukrainischen Opfer vor 75 Jahren. Diese waren infolge des Massakers von Wolhynien (Ukraine) an ca. 100.000 Polen durch die Ukrainische Aufständische Armee (UPA) von Polen ermordet worden. Poroschenko spricht sich gegen die politische Instrumentalisierung der Ereignisse der Vergangenheit aus und appelliert an die Bevölkerung der Ukraine sowie Polens, einander zu vergeben und keine Wiederholung der historischen Ereignisse zuzulassen. Weiter sagt er, Kiew rechne mit Änderungen in den Passagen des umstrittenen IPN-Gesetzes, die die Ukraine betreffen. Das Gesetz hatte Präsident Andrzej Duda nach der Unterzeichnung zur Prüfung an das Verfassungs-tribunal weitergeleitet.
09.07.2018	In Brüssel findet der jährliche EU-Ukraine-Gipfel statt. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko ruft Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates, Polen und die Ukraine auf, ihre Spannungen im Zusammenhang mit dem Gedenken des polnisch-ukrainischen Konfliktes in Wolhynien vor 75 Jahren auszuräumen. Die bilateralen Beziehungen sollten positiv gestaltet werden und nur die Solidarität beider Länder könne vor einer Wiederholung der Geschichte schützen. Ein Konflikt zwischen beiden Ländern liege nur im Interesse der Gegner oder zeuge von politischer Dummheit. Die Unabhängigkeit der Ukraine und die Sicherheit Polens und der Region seien in hohem Maße von den bilateralen Beziehungen abhängig, so Tusk.
11.07.2018	Bei einem Treffen am Rande des NATO-Gipfels in Brüssel thematisieren Präsident Duda und der US-amerikanische Präsident Donald Trump die polnisch-amerikanische militärische Zusammenarbeit und die Intensivierung der Präsenz US-amerikanischer Truppen in Polen.

12.07.2018	In einem Journalistengespräch auf dem Rückweg vom NATO-Gipfel in Brüssel begründet Präsident Andrzej Duda, warum es keine gemeinsame polnisch-ukrainische Gedenkfeier aus Anlass des 75. Jahrestages des Massakers in Wolhynien gegeben habe. Er habe in seinem Gespräch mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko in Brüssel deutlich gemacht, dass es sich nicht um einen polnisch-ukrainischen Krieg, sondern um Völkermord an den Polen durch Ukrainer gehandelt habe. Dies werde nicht dadurch nivelliert, dass auch die polnische Seite gegen Ukrainer vorgegangen sei, da es sich quantitativ nicht vergleichen lasse. Duda fordert erneut von der Ukraine, die Möglichkeit der Exhumierung der Opfer wieder zuzulassen, damit Historiker die historische Wahrheit klären könnten.
13.07.2018	In Allenstein (Olsztyn) begeht die Nationalversammlung das 550. Jubiläum des polnischen Parlamentarismus und das 100. Jubiläum der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sagt, dass Polen in Sachen Demokratie nicht belehrt werden müsse, da es eines der erfahrensten Länder im Aufbau der Demokratie sei. Weiter bekräftigt er in seiner Rede, dass die Regierung die eingeschlagene Justizreform fortsetzen wird, da das Justizwesen ausschließlich den Nationalstaaten unterstehe. Hintergrund ist die Einleitung eines Stimmrechtsentzugsverfahren vonseiten der Europäischen Kommission infolge der Justizreform, die die Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) derzeit durchführt. Die Europäische Kommission betont dabei, dass Polen sein Justizwesen reformieren dürfe, dies aber mit den Werten und Normen der EU in Einklang stehen müsse.
16.07.2018	EU-Justizkommissarin Věra Jourová äußert auf einer Pressekonferenz die Hoffnung, dass die polnische Regierung ihre Gesetzesreform zur Zwangsentlassung und Neubesetzung von Richtern des Obersten Gerichtes (Sąd Najwyższy) noch einmal überdenkt. Der Dialog zwischen der EU und Polen müsse weitergeführt werden. Die Europäische Kommission hat am 2. Juli ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen wegen seiner Gesetzesreform zum Obersten Gericht eingeleitet; Polen hat einen Monat Zeit, darauf zu reagieren. Außerdem läuft gegen Polen ein Stimmrechtsentzugsverfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags.
17.07.2018	Die »Konferenz der Botschafter der Republik Polen« (Konferencja Ambasadorów RP) zeigt sich in einem offenen Brief unter dem Titel »Über die Sicherheit der Republik Polen. Gefahren und Herausforderungen« besorgt über die Situation Polens auf der internationalen Bühne. Polen müsse seine Position in der EU und der NATO festigen und deren Einheit fördern. Der Nationalismus der polnischen Regierung habe jedoch das Gegenteil zur Folge, heißt es in dem Brief. Zu der »Konferenz der Botschafter der Republik Polen« haben sich im Mai 29 ehemalige Botschafter zusammengeschlossen, die in den EU-Mitgliedsstaaten, in den USA, Russland, Kanada, bei der EU und der NATO ihren Dienst ausgeübt haben.
18.07.2018	Der Parlamentarische Ausschuss für Kultur und Massenmedien verabschiedet in erster Lesung einen Gesetzesentwurf von Abgeordneten, den 14. April als staatlichen Feiertag der Taufe Polens (im Jahr 966) einzuführen. In der Begründung des Entwurfs heißt es, dass die Taufe Polens ein Schlüsselereignis in der Geschichte des polnischen Staates und der Nation und sowohl von religiöser als auch strategischer und politischer Bedeutung gewesen sei.
19.07.2018	Bei den Selbstverwaltungswahlen im Herbst tritt Jacek Majchrowski, Stadtpräsident von Krakau (Kraków) aus der Gruppierung Freundliches Krakau (Przyjazny Kraków), als gemeinsamer Kandidat von Przyjazny Kraków, der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), von Die Moderne (Nowoczesna), der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) und der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) für das Amt an. Die Parteichefs der Woiwodschaft Kleinpolen (województwo małopolskie) unterzeichnen eine entsprechende Erklärung. Majchrowski hat das Amt seit 2002 inne.
20.07.2018	Nach einer hitzigen Debatte verabschiedet der Sejm die Gesetzesnovelle über das Oberste Gericht (Sąd Najwyższy), die Ordnung der Gerichte, den Landesjustizrat (Krajowa Rada Sądownictwo) und die Staatsanwaltschaft. Sie hat u. a. Änderungen bei der Wahl des ersten Präsidenten des Obersten Gerichts und bei der Besetzung der Ämter im Obersten Gericht zur Folge. Die Opposition kritisiert, dass die regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) das Justizwesens für ihre Politik instrumentalisieren. Für die Novelle stimmten 230 Abgeordnete, vier enthielten sich und 24 stimmten dagegen. Die Abgeordneten der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), der Partei Die Moderne (Nowoczesna), der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) und der Union der Europäischen Demokraten (Unia Europejskich Demokratów – UED) nahmen nicht an der Abstimmung teil.
20.07.2018	Małgorzata Gersdorf, erste Präsidentin des Obersten Gerichts (Sąd Najwyższy), hält als Rednerin der Reinhold-Frank-Gedächtnisvorlesung in Karlsruhe eine Vorlesung unter dem Titel »Der Rechtsstaat in Polen – versäumte Gelegenheiten?« Mitveranstalter sind das Bundesverfassungsgericht und der Bundesgerichtshof in Karlsruhe. Auf der anschließenden Pressekonferenz sagt Gersdorf, dass sie weiter ihr Amt ausübt, verstehe sie als Verteidigung der Verfassung. Ein Richter könne nur auf der Grundlage von Gesetzen kämpfen. Richter hätten keine Armee und würden gegen die Regierenden verlieren. Gersdorf war aufgrund der neuen Gesetzgebung der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) verfassungswidrig in den Ruhestand versetzt worden.

22.07.2018	In Sveg (Mittelschweden) treffen knapp 140 Feuerwehrleute und 44 Feuerwehrwagen aus Polen zur Bekämpfung der schweren Waldbrände ein.
23.07.2018	In der Nachrichtensendung »Tagesschau« der ARD sagt Małgorzata Gersdorf, erste Präsidentin des Obersten Gerichts (Sąd Najwyższy), in einem Interview, dass die Justizreform in Polen gefährlich sei, weil sie die Justiz der Politik unterstelle. Die Polen, die die von der regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) betriebene Reform unterstützen, würden die Prinzipien der Gewaltenteilung im Staat und der Verfassung nicht verstehen. Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems (1989) sei zu wenig Wert auf Bildung und die Diskussion über Freiheit gelegt worden.
25.07.2018	Der Senat stimmt mit zehn Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen und 52 Enthaltungen gegen den Antrag von Präsident Andrzej Duda auf Durchführung eines Volksentscheids über die Änderung der Verfassung am 10. und 11. November 2018. Für die Annahme wären 47 Stimmen notwendig gewesen. Von der regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) stimmten neun Senatoren für das Referendum, 50 enthielten sich.
25.07.2018	Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg fällt ein Grundsatzurteil zur Vollstreckung europäischer Haftbefehle aus Polen. Behörden anderer EU-Länder müssen künftig prüfen, ob dem Ausgelieferten ein faires Verfahren in Polen garantiert ist, und gegebenenfalls von der Auslieferung absehen.
26.07.2018	Präsident Andrzej Duda unterzeichnet die in der vergangenen Woche verabschiedeten Gesetzesnovellen über verschiedene Gerichte und Institutionen des Gerichtswesens. Vor dem Präsidentenpalast bildet sich eine Demonstration gegen die umstrittenen Gesetze. Kritiker werfen der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) vor, das Justizwesen politisch zu instrumentalisieren.
27.07.2018	Andrzej Halicki, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), fordert von Innenminister Joachim Brudziński eine Erklärung für den Einsatz von Tränengas am Vortag. Adam Szłaka, Sekretär von Die Moderne (Nowoczesna) kündigt an, dass seine Partei bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen möglichen Amtsmissbrauchs der Polizei erstatten wird. Vor dem Präsidentenpalast fand am Vorabend eine Demonstration gegen die Unterzeichnung der Gesetzesnovelle zum Obersten Gericht durch Präsident Andrzej Duda statt. Von den Teilnehmern wurde sie als friedlich bezeichnet.
28.07.2018	Der Minister für europäische Angelegenheiten, Konrad Szymański, betont in einem Interview, dass es in Polen keine politischen Kräfte gebe, die die Bedeutung der europäischen Integration in Frage stellen würden. Mit Sorge betrachte man jedoch die Destabilisierung im Süden und Norden Europas. Gesellschaftliche Unruhen, die in Zusammenhang mit der Europäischen Union stünden, gebe es überall, nur nicht in Mitteleuropa.
29.07.2018	Der international anerkannte Jazz-Trompeter Tomasz Stańko stirbt im Alter von 76 Jahren in Warschau.
30.07.2018	Das Landwirtschaftsministerium teilt mit, dass infolge der lang andauernden Hitzewelle 111.800 landwirtschaftliche Betriebe Verluste erlitten hätten. Die Fläche mit Ernteverlusten beträgt 2 Mio. Hektar, Schätzungen zufolge liegt der Verlust bei ca. 563 Mio. Zloty.
31.07.2018	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki teilt mit, dass die Regierung ein Hilfsprogramm für Landwirte beschlossen hat, um Ernteverluste infolge der langanhaltenden Hitze zu entschädigen. Bei einem Ernteausfall von mehr als 70 % werden pro Hektar 1.000 Zloty als Ausgleich gezahlt.
01.08.2018	Präsident Andrzej Duda unterzeichnet das Gesetz für eine umfassende Reform des Hochschulwesens zum 1. Oktober. Der Reformentwurf war sowohl von der Opposition als auch von Vertretern der regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) sowie von Teilen der akademischen <i>community</i> heftig kritisiert worden. Ein Kritikpunkt war, dass die Hochschulen ihre Autonomie verlieren würden.
01.08.2018	In vielen Städten in Polen wird mit Gedenkfeiern und Gottesdiensten des Beginns des Warschauer Aufstandes vor 74 Jahren gegen die deutsche nationalsozialistische Besatzung gedacht. Der Aufstand endete nach 63 Tagen mit der Niederlage der Aufständischen.
02.08.2018	In einer Pressemeldung gibt das Außenministerium bekannt, dass Polen der Europäischen Kommission eine Stellungnahme zur Vereinbarkeit der Reform des Gesetzes über das Oberste Gericht (Sąd Najwyższy) mit dem EU-Recht übermittelt hat. Polen argumentiert, dass laut EU-Vertrag die Organisation der Justiz eine nationale Angelegenheit sei. Die EU-Kommission hat im Juli ein zweites Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen im Zusammenhang mit der Justizreform der regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) eingeleitet.
02.08.2018	Das Oberste Gericht (Sąd Najwyższy) legt dem Europäischen Gerichtshof fünf präjudizielle Fragen zur Unabhängigkeit der Gerichte und der Richter als Prinzip des EU-Rechts sowie zum Diskriminierungsverbot aufgrund des Lebensalters vor. Sie stehen im Zusammenhang mit der Justizreform der regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), in deren Folge die EU ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen eingeleitet hat.

03.08.2018	Vizelandwirtschaftsminister Szymon Giżyński stellt den »Plan für das Dorf« vor, der die Landwirte unterstützen soll. Vorgesehen sind u. a. die Möglichkeit einer größeren steuerfreien Direktvermarktung der Ernte sowie die Erweiterung des Abnehmerkreises und Steuererleichterungen bei Treibstoff. Weiter soll eine Nationale Nahrungsmittelholding gebildet werden, die den Landwirtschaftsmarkt stabilisieren und die ärmsten Landwirte unterstützen soll.
06.08.2018	Präsident Andrzej Duda unterzeichnet im Nationalmuseum in Krakau (Kraków) das Gesetz über die Einführung einer neuen Auszeichnung, der »Medaille des Jahrhunderts der Wiedererlangung der Unabhängigkeit«. Sie soll für Verdienste zur Erlangung oder Festigung der Souveränität Polens verliehen werden.
08.08.2018	Außenminister Jacek Czaputowicz wird in Wien von seiner österreichischen Amtskollegin Karin Kneissl empfangen. Thematisiert werden europapolitische Fragen der Migrationspolitik, der Verhandlungen zum EU-Finanzrahmen 2021–2027, des Brexit und der Aufnahme der Balkanstaaten in die EU. Czaputowicz lobt das österreichische Engagement bei der Bekämpfung der illegalen Immigration und der Verbesserung der Sicherheit. Der Fokus müsse auf den Grenzkontrollen, der Bekämpfung des Terrorismus, der Cybersicherheit, der Zusammenarbeit der Polizei und der Asylpolitik liegen. Wichtigstes Thema in den bilateralen Beziehungen war laut Darstellung des polnischen Außenministeriums der Schutz der polnischen Gedenkorte in Österreich.
09.08.2018	Das Energieministerium teilt mit, dass es keine Informationen über Kohleimporte aus der von russischen Separatisten besetzten Ostukraine nach Polen hat. Medienberichten zufolge soll seit 2015 immer mehr Kohle, die in den russisch besetzten Gebieten in der Ukraine gefördert wird, nach Polen geliefert worden sein, was Russland zur Finanzierung des Krieges mit der Ukraine diene. Die Partei Die Moderne (Nowoczesna) appelliert an Energieminister Krzysztof Tchórzewski, die Kohlelieferungen aus dem Donbass mit einem Embargo zu belegen.
11.08.2018	In Posen (Poznań) findet der »Marsch der Gleichheit« statt, der von der einzigen in Polen eingetragenen LGBT-Organisation »Stonewall« organisiert wird. Laut Polizeiangaben nehmen 4.500 – 5.000 Personen an der Veranstaltung teil. Eine Gegendemonstration von Anhängern der nationalistischen Szene umfasst ca. 100 Personen.
13.08.2018	Die EU-Kommission gibt bekannt, dass Polen 145,5 Mio. Euro aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung für den Bau der Gaspipeline »Pogórska Wola – Tworzeń« erhält. Die Pipeline soll im Jahr 2020 fertig gestellt werden und die Woiwodschaften Kleinpolen (małopolskie), Heiligkreuz (świętokrzyskie) und Schlesien (śląskie) versorgen.
14.08.2018	Die Europäische Kommission beschließt, an Polen eine mit Gründen versehene Stellungnahme aufgrund der Gesetzesreform des Obersten Gerichts (Sąd Najwyższy) in Polen zu richten. Es handelt sich um den nächsten Schritt im Vertragsverletzungsverfahren, das gegen Polen läuft. Polen hat nun einen Monat Zeit, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um der Stellungnahme nachzukommen. Andernfalls kann die Europäische Kommission den Europäischen Gerichtshof anrufen.
15.08.2018	Ca. 100.000 Menschen nehmen auf dem Hellen Berg in Tschenstochau (Jasna Góra, Częstochowa) an der Zeremonie aus Anlass des Feiertages Mariä Himmelfahrt teil. In seiner Predigt erinnert Erzbischof Wacław Depo an die Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens (1918) und den Jahrestag der Schlacht von Warschau (1920) und ruft die Polen zur Einheit und Vaterlandsliebe auf. Des Weiteren spricht er sich für ein vollständiges Abtreibungsverbot aus.
16.08.2018	Präsident Andrzej Duda gibt bekannt, dass er sein Veto gegen die Gesetzesnovelle der Wahlordnung zum Europäischen Parlament einlegt. Er begründet seine Entscheidung damit, dass die Änderung eine Erhöhung der zurzeit geltenden 5%-Hürde auf – unterschiedlichen Schätzungen zufolge – 11 bis 16,5% nach sich zöge.
17.08.2018	In einer schriftlichen Stellungnahme verurteilt der Bürgerrechtsbeauftragte Adam Bodnar scharf den Kommentar von Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak über die Teilnehmer des »Marsches der Gleichheit« der LGBT-Bewegung in Posen (Poznań) am vergangenen Wochenende. Błaszczak hat sie in einem Gespräch, das der nationalkatholische TV-Sender »Trwam« ausgestrahlt hat, als »Sodomiten« bezeichnet. Bodnar warnt, das Fehlen deutlicher Kritik von Personen des öffentlichen Lebens an solchen Aussagen könne als schweigende Akzeptanz von Diskriminierung und Legitimation von Hasssprache gegenüber Minderheiten aufgefasst werden.
18.08.2018	Präsident Andrzej Duda beginnt seinen viertägigen offiziellen Besuch in Australien, an den sich ein zweitägiger Besuch in Neuseeland anschließen soll. Neben bilateralen Gesprächen über politische, wirtschaftliche und verteidigungspolitische Fragen und Treffen mit Vertretern der Polonia stehen die Eröffnung des Polnisch-Australischen Energieforums zur Zusammenarbeit bei neuen Technologien und Innovationen auf dem Programm sowie die Eröffnung des Außenhandelsbüros der Polnischen Agentur für Investitionen und Handel. Es ist der erste Besuch eines polnischen Präsidenten in Australien.

19.08.2018	Auf einer Wahlkampfveranstaltung in Sandomierz aus Anlass der Selbstverwaltungswahlen im Oktober wirft Ministerpräsident Mateusz Morawiecki der Opposition Inkompetenz bei Verhandlungen mit der EU und in wirtschaftlichen Fragen vor. Unter der Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) sei Polen erst zu einem selbständigen Akteur auf EU-Ebene geworden und stelle dort eigene Vorschläge vor, die von ganz Europa angenommen würden, so Morawiecki.
20.08.2018	Außenminister Jacek Czaputowicz empfängt seinen deutschen Amtskollegen Heiko Maas in Harmęże. Thematisiert werden europäische und bilaterale Fragen, u. a. der russisch-ukrainische Konflikt in der Ostukraine, das jüngste Treffen zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, das deutsch-russische Pipelineprojekt Nord Stream 2 und die Situation der Polonia in Deutschland. Vorher hatte die deutsche Delegation die Gedenkstätte des nationalsozialistischen Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau besucht. In diesem Zusammenhang äußert Czaputowicz die Hoffnung, dass beide Länder gemeinsam die Zusammenarbeit im Bereich des Gedenkens der Opfer des Nationalsozialismus fortführen werden.
21.08.2018	Die Regierung beschließt den vorläufigen Haushaltsentwurf für das Jahr 2019. Angenommen wird ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukt um 3,8 %, Einnahmen von 386,9 Mrd. Zloty und ein Haushaltsdefizit von 28,5 Mrd. Zloty.
22.08.2018	Präsident Andrzej Duda beginnt seinen zweitägigen offiziellen Besuch in Neuseeland. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Premierministerin Jacinda Ardern spricht sich Duda vor dem Hintergrund des Brexit für ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland und vertiefte polnisch-neuseeländische Wirtschaftskontakte aus. Außer Treffen mit Vertretern der Politik und Wirtschaft steht auch eine Zusammenkunft mit Vertretern der Polonia auf dem Programm. Es ist der erste Besuch eines polnischen Präsidenten in Neuseeland.
23.08.2018	Der neu besetzte Landesjustizrat (Krajowa Rada Sądownictwa – KRS) beginnt seine viertägige Sitzung, auf der die Kandidaten für die neu zu besetzenden bzw. neu eingerichteten Richterämter bestimmt werden sollen. Kritiker weisen darauf hin, dass der KRS infolge der Justizreform der regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) seine politische Unabhängigkeit verloren hat und die Richterschaft politisch instrumentalisiert werden soll.
24.08.2018	Nach neuesten Angaben des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) betrug die Arbeitslosigkeit im Juli ebenso wie im Juni 5,9 %. Im Juli 2017 hatte sie 7 % betragen.
25.08.2018	Der Rat der Diözesanbischöfe thematisiert auf seiner Sitzung in Tschenstochau (Częstochowa) ein Präventionsprogramm gegen sexuellen Missbrauch von Minderjährigen durch Geistliche. Mit Blick auf die bevorstehende UN-Klimakonferenz in Kattowitz (Katowice) im Dezember wird die gemeinsame Verantwortung der Menschen für die Schöpfung betont.
27.08.2018	Die Vorsitzende des Sozialausschusses im Ministerrat und stellvertretende Ministerpräsidentin Beata Szydło bekräftigt auf einer Pressekonferenz in Bielsko-Biała den Schwerpunkt der Familien- und Seniorenpolitik der Regierung. Insbesondere das von der Regierung aufgelegte Familienförderprogramm »500 plus« habe die Haltung des Staates und das Denken in Polen über die Familie positiv verändert. In diesem Zusammenhang steht auch die Mütterrente, die zurzeit konzipiert wird.
28.08.2018	Der Leiter der Präsidialkanzlei, Krzysztof Szczerski, teilt mit, dass Polen den Antrag Deutschlands unterstützt, an der »Dreimeeresinitiative« als Partnerland mit Gaststatus teilzunehmen. Die übrigen elf beteiligten Länder müssten zunächst noch zustimmen. Die von Präsident Andrzej Duda ins Leben gerufene »Dreimeeresinitiative« ist eine Plattform von insgesamt zwölf Staaten an der Adria, der Ostsee und dem Schwarzen Meer.
29.08.2018	Der stellvertretende Außenminister Andrzej Papierz kehrt von seinem dreitägigen Besuch im Nahen Osten zurück. Gespräche mit dem Außenminister des Libanon, Gebran Bassil, und dem Vizeaußenminister Syriens, Faisal al-Mokdad, thematisierten die Lage im Nahen Osten, insbesondere die Lösung des Konfliktes in Syrien, und die Hilfe für Syrer, die in den Libanon geflohen sind. Papierz bekräftigt die Bereitschaft Polens, sich für eine sichere Rückkehr der Syrer in ihre Heimat zu engagieren.
30.08.2018	Der Regierungsbeauftragte für den Zentralen Kommunikationshafen (Centralny Port Komunikacyjny – CPK), Mikołaj Wild, teilt mit, dass ein Treffen mit Vertretern internationaler Fluglinien stattgefunden hat. Thematisiert wurden Fragen der gemeinsamen Investition des Infrastrukturprojekts. Der CPK soll zwischen Warschau und Lodz (Łódź) in Stanisławów bei Grodzisk Mazowiecki gebaut werden und im Jahr 2027 fertig gestellt sein. Konzipiert wird er als Knotenpunkt für den Flugverkehr in Europa mit ca. 45 Mio. Passagieren jährlich.

31.08.2018	Am 38. Jahrestag der Unterzeichnung der Danziger Vereinbarungen zwischen Vertretern der Streikenden und der Regierung der Volksrepublik Polen finden in Danzig (Gdańsk) zwei Feiern statt. Lech Wałęsa, der damalige Arbeiterführer, Chef der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność und erster Präsident des freien Polen, begeht den Tag gemeinsam mit Vertretern des Komitees zur Verteidigung der Demokratie (Komitet Obrony Demokracji – KOD), der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und von Die Moderne (Nowoczesna). Die Feierlichkeiten mit Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und Präsident Andrzej Duda finden mit Vertretern der heute regierungsfreundlichen Gewerkschaft Solidarność statt.
31.08.2018	Aus Anlass des 38. Jahrestages der Danziger Vereinbarungen zwischen Vertretern der Streikenden und der Regierung der Volksrepublik Polen fordert der damalige Arbeiterführer und erster Präsident des freien Polen, Lech Wałęsa, im Europäischen Solidaritätszentrum in Danzig (Europejskie Centrum Solidarności, Gdańsk) zum Gespräch über die Zukunft Polens auf. Die große Herausforderung heute sei, den großen Sieg der Demokratie nicht zu verspielen. Auch die Parteivorsitzenden der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Grzegorz Schetyna, und von Die Moderne (Nowoczesna), Katarzyna Lubnauer, betonen mit Blick auf die Wahlperiode 2018 – 2020 (Selbstverwaltungs- und Sejmwahlen, Wahlen des Europäischen Parlaments und Präsidentschaftswahlen), dass die Errungenschaften der Demokratie, Freiheit und Polens Integration in Europa verteidigt werden müssen.
01.09.2018	Auf der Westerplatte (Danzig/Gdańsk) findet mit militärischen Ehren die Gedenkveranstaltung zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs statt, der mit dem Angriff Deutschlands auf Polen begann. Anwesend sind Präsident Andrzej Duda, Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak, Innenminister Joachim Brudziński, die Marschälle des Sejm und des Senats, Marek Kuchciński und Stanisław Karczewski, sowie der Stadtpräsident von Danzig, Paweł Adamowicz, sowie weitere Personen des öffentlichen Lebens. Als Zeichen des Gedenkens und der Trauer werden die Flaggen an den Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland in Polen auf Halbmast gehisst.
02.09.2018	In Warschau findet der Parteitag von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) zum Auftakt des Wahlkampfes für die Selbstverwaltungswahlen am 21. Oktober und 4. November statt. Die PiS bildet zusammen mit den Parteien Solidarisches Polen (Solidarna Polska) und Verständigung (Porozumienie) ein Wahlbündnis. In seiner Rede sagt der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński, die Kampagne gegen den von der PiS vertretenen »guten Wandel« würde eine »alternative Realität« erschaffen, die nicht auf den Tatsachen gründe. Deren Ziel sei es, sowohl den guten Wandel als auch Polen zu diffamieren. Weiter fragt er, ob Selbstverwaltungsorgane wünschenswert seien, die die Regierung bekämpfen oder mit ihr zusammenarbeiten wollen. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki (PiS) stellt, anknüpfend an sein Regierungsprogramm vom April, fünf Programmpunkte aus den Bereichen Energie und Umweltschutz, Sozialpolitik, Infrastruktur, Digitalisierung und Bürgerbeteiligung für die Selbstverwaltung vor. Das Ziel sei eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen der Ebene der Selbstverwaltung und der Regierung.
03.09.2018	Medienberichten zufolge treffen Vertreter der Staatsanwaltschaft und Kriminaltechniker in Smolensk ein, um dort eine erneute Untersuchung der Wrackteile des Flugzeugabsturzes von Smolensk (2010) zu beobachten. Dies findet im Rahmen eines Amtshilfegesuchs statt, das Polen an Russland gestellt hat. Polen hat wiederholt die Rückgabe des Flugzeugs gefordert, was Russland mit Hinweis auf die noch laufenden Untersuchungen verweigert hat.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2018 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,
64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: info@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

